



AUSGABE 06/2022 – 15. JULI



**GÜNTER RUDOLPH**

Fraktionsvorsitzender

## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

vor uns liegt die parlamentarische Sommerpause, deswegen musste der Hessische Landtag in der zurückliegenden Plenarwoche eine besonders umfangreiche Tagesordnung abarbeiten. Die langen Sitzungstage haben einmal mehr gezeigt, dass CDU und Grüne in Hessen politisch und personell ausgezehrt sind.

Den Regierungsparteien fehlt es schon seit geraumer Zeit an Ideen für die Zukunft unseres Landes. Das allein sollte allen Bürgerinnen und Bürgern eine Warnung sein. Nun aber stellt sich heraus: Schwarzgrün in Hessen bewältigt schon die Gegenwart nicht mehr. Die Energiewende, die vor allem die Grünen immer angekündigt, aber nie umgesetzt haben, müsste jetzt im Eiltempo nachgeholt werden, damit unser Land unabhängig von Gaslieferungen aus Russland wird und damit die Klimaschutzziele Deutschlands erreicht wer-

den können. Doch noch immer geschieht auf dem Energiesektor in Hessen faktisch nichts. Der Ausbau der Erneuerbaren stockt, weil nach wie vor die Genehmigungsfristen für Windenergieanlagen zu lang sind, weil nach wie vor verbindliche Flächen für die Erneuerbaren fehlen und weil der zuständige Wirtschaftsminister von den Grünen nur heiße Luft im Angebot hat, wo Windkraft nötig wäre.

Dieses und die anderen Themen, die über Hessens Zukunft entscheiden, werden wir auch in den Sommerferien weiter bearbeiten. Denn wir wollen, dass Hessen weiß: Die SPD steht bereit.

Kommen Sie gut und sicher durch den Sommer.

Mit herzlichen Grüßen  
**Ihr Günter Rudolph**



## TRANSFORMATION BRAUCHT KONZEPTE

### REGIERUNGSERKLÄRUNG



Auf die Regierungserklärung des Wirtschaftsministers antwortete der wirtschaftspolitische Sprecher und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Tobias Eckert: „Minister Al-Wazir hatte volle acht Jahre Zeit, sich für die seit langem bekannten Herausforderungen - den Veränderungen in Unternehmen durch die Digitalisierung, die Notwendigkeit einer Verkehrswende bis hin zu den Anforderungen

des Klimaschutzes - Lösungen zu entwickeln. Doch das hat er nicht getan. Bei der Energiewende liegt Hessen im Vergleich zu anderen Bundesländern hinten. Dabei brauchen wir Beschleunigung, Vereinfachung und Unterstützung statt bürokratischer Hürden. Wir brauchen nicht die Atomkraft zurück, sondern müssen endlich die Erneuerbaren kraftvoll ausbauen. Für uns sind sie Friedensenergien – nicht erst seit dem Überfall Putins auf die Ukraine. Aber seitdem Wladimir Putin russisches Gas als Waffe gegen den Westen einsetzt, wird besonders deutlich, wie enorm die Veränderungen im Bereich der industriellen Fertigung sein müssen, wenn Hessen ein starker Produktionsstandort für Chemie-, Pharma- und Automobilindustrie

bleiben soll.“ Diese Veränderungen müssten politisch begleitet und gestaltet werden – aber genau das geschehe in Hessen nicht. Schwarzgrün habe keine Ansätze, um möglichst viele Beschäftigte davor zu bewahren, durch die Umwälzungen der Arbeitswelt unter die Räder zu kommen. „Es wird Zeit, dass die SPD in diesem Land die Regierung übernimmt. Denn wir wollen, dass Hessen das Qualifizierungs- und Chancenland Nummer Eins in der Republik wird. Wir wollen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von heute eine Chance auf den Arbeitsmarkt von morgen haben. Denn Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Solidarität bedeuten Zusammenhalt, soziale Sicherheit, Zukunftsvertrauen und Menschenwürde.“

## HESSEN BRAUCHT EINEN PFLEGEPLAN

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag fordert einen verbindlichen Pflegeplan für Hessen. Über einen entsprechenden Vorstoß der Fraktion hat das Plenum des Landtags debattiert. Die Parlamentarische Geschäftsführerin und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Daniela Sommer, erläuterte dazu: „Aus unserer Sicht ist es nicht möglich, das Pflegeangebot in Hessen ohne einen Landespflegeplan bedarfsgerecht zu strukturieren. Der Plan soll darstellen, welche Unterstützungs- und Beratungsangebote schon bestehen und entlang von demographischen Daten eine Projektion des künftigen Bedarfs ermöglichen. Auf dieser Grundlage

können Entscheidungen darüber ermöglicht werden, wie das Angebot der Altenhilfe und Altenpflege in Hessen strukturiert und ausgebaut werden kann.“ Sommer erinnerte daran, dass ihre Fraktion bereits 2017 einen solchen Plan gefordert habe. Dies sei von CDU und Grünen abgelehnt worden. „Inzwischen scheint sich an der ablehnenden Haltung von Schwarzgrün etwas zu ändern. Ich habe Ministerpräsident Rhein so verstanden, dass er zumindest das Grundproblem erkannt hat - die miserable Datenlage zum Pflegebedarf. Berlin, Thüringen und Baden-Württemberg haben Landespflegepläne, auf deren Grundlage bedarfsgerechte



Pflegestrukturen entwickelt werden können“, sagte Sommer. Derzeit verzweifeln Angehörige pflegebedürftiger Menschen in Hessen bei dem Versuch, einen ambulanten Pflegedienst, Essen auf Rädern oder Plätze für die Kurzzeit- und Verhinderungspflege zu finden. Die Angebote reichten bei weitem nicht aus. Das müsse sich dringend ändern.

# BANKROTTERKLÄRUNG DES RECHTSSTAATS

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP



Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Landtag über den skandalösen Personalmangel in der hessischen Justiz debattiert. Anlass war die Freilassung von sechs Untersuchungshäftlingen, denen nicht rechtzeitig der Prozess gemacht werden konnte. Der Fraktionsvorsitzende, Günther Rudolph, verdeutlichte: „Die Freilassung ist und bleibt ein Skandal. Es geht hier um Männer, die schwerster Gewalttaten angeklagt sind und mutmaßlich eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellen. Der Personalmangel an den hessischen Gerichten gefährdet deren Funktionsfähigkeit.“ Die schwarzgrüne Landesregierung ignoriert die Warnungen des Deutschen Richterbunds, der seit Jahren mehr Richterinnen und Richter, mehr Staatsanwältinnen und Staatsanwälte fordert. „Meine Fraktion hat in den Haushaltsberatungen der letzten Jahre immer und immer wieder mehr Geld für zusätzliche Stellen in der Justiz gefordert. Die Entlassung der sechs Männer aus der U-Haft erschüttert das Vertrauen der Menschen in die Justiz. Die Verantwortung für dieses Desaster trägt die schwarzgrüne Landesregierung. Es braucht jetzt einen kraftvollen politischen Ansatz, um die Probleme in der

hessischen Gerichtsbarkeit schnell und dauerhaft zu beheben. Und davon ist bedauerlicherweise immer noch nichts zu sehen bei Schwarzgrün.“

## KATASTROPHENSCHUTZ ZUKUNFTSFÄHIG MACHEN

Die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Heike Hofmann, betonte im Landtag: „Eine Naturkatastrophe, wie sie sich vor einem Jahr im Ahrtal ereignet hat, macht den Klimawandel unmittelbar spürbar. Als Reaktion muss die zivile Verteidigungsfähigkeit auch in Hessen erhöht werden.“ Innenminister Beuth schiebe die Verantwortung beharrlich auf die kommunale Ebene – ohne für die notwendige Ausstattung aufkommen zu wollen. Das Land müsse hier unterstützen: von der Sireneninfrastruktur bis zum TETRA-Digitalfunk, von Sanitätsmaterial und Medikamenten bis hin zu Fahrzeugen und schwerem Gerät. „Daher unterstützen wir vollumfänglich das Vorhaben von Bundesinnenministerin Faeser, einen Neustart im Katastrophenschutz vorzunehmen.“



## QUEERFEINDLICHKEIT BEKÄMPFEN

In der Debatte zu Respekt und Toleranz sagte Florian Schneider, queerpoliti-



scher Sprecher der SPD-Fraktion: „Der 2017 beschlossene Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt scheint nur ein scheinheiliges Lippenbekenntnis der Landesregierung zu sein. Queerfeindliche Übergriffe sind in Hessen keine Seltenheit mehr und trotzdem sieht die Regierung keinen Handlungsbedarf.“ Aus einer Kleinen Anfrage der SPD-Fraktion gehe ein starker Anstieg an Straftaten gegenüber queeren Menschen hervor. Schneider forderte eine Novellierung des Antidiskriminierungsgesetzes, eine harte Strafverfolgung, gesonderte Strukturen in der Justiz und die strikte Umsetzung des Aktionsplanes.

## GUTE ARBEITSBEDINGUNGEN AM KLINIKUM

„Personalmangel, Zeitdruck, Vernachlässigung von Patienten: Was Beschäftigte großer Kliniken aus ihrem Arbeitsleben berichten, ist schwer zu ertragen – das gilt auch für Frankfurt.“ Die Parlamentarische Geschäftsführerin und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Dr. Daniela Sommer, betonte den lange bekannten Pflagenotstand. „Beschäftigte arbeiten im Ausnahmezustand. Es fehlt die Zeit, um sich um individuelle Bedürfnisse von Patienten zu kümmern. Hinzu kommt fehlende Wertschätzung der Arbeit. Das darf nicht so weitergehen. Wir brauchen sofort höhere Investitionsmittel, bessere Arbeitsbedingungen und einen patientenorientierten Einsatz von Personal!“





## AL-WAZIR IGNORIERT PROBLEME

### WOHNUNGSPOLITIK



„Seit der medienwirksamen Erfindung des ‚Frankfurter Bogens‘, der eine spezielle Förderung für Kommunen im Umkreis von 30 S-Bahn Minuten vom Frankfurter Hauptbahnhof vorsieht, hat es von der hessischen Landesregierung keinerlei Vorschläge mehr gegeben, um der zunehmend dramatischen Situation auf dem Wohnungsmarkt zu begegnen.“ Elke Barth, wohnungspolitische Sprecherin der

SPD-Fraktion, warf Wohnungsbauminister Al-Wazir vor, die Probleme zu ignorieren. Sie kritisierte, dass der Minister erst am Dienstag eine Gesetzesnovelle des Wohnraumfördergesetzes vorgelegt hatte, in dem nicht einmal die Einkommensgrenzen für Sozialwohnungen angepasst seien. Auch die Förderbedingungen der

landeseigenen Wohnungsbauprogramme bedürften dringend einer Anpassung an die aktuelle Lage. Außerdem solle Schwarzgrün die Weigerung gegen einen Gesetzentwurf der SPD zum Verbot von Wohnraumzweckentfremdung, um gegen Immobilienspekulationen vorzugehen, aufgeben. „Die Landesregierung verschließt sich allerdings sämtlicher Vorschläge, so Elke Barth.

### STRASSENBAUbeiträge ABSCHAFFEN



In der Plenardebatte zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sagte Heike Hofmann, innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion: „Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist sozial ungerecht und verschärft im schlimmsten Fall die Gräben zwischen Nachbargemeinden. Dass hessische Bürgerinnen und Bürger – teilweise in Höhe von mehreren Zehntausend Euro – in dieser Form zur Kasse gebeten werden, liegt letztlich auch an der klammen Haushaltslage in den Kommunen. Hier unternimmt die Landesregierung seit Jahren viel zu wenig für eine angemessene finanzielle Ausstattung vor Ort, die eine Erhebung von Straßbeiträgen am Ende überflüssig macht.“

## DIGITALBUS IST BLOSS EINE PR-AKTION

### PROGRAMM REAL:DIGITAL



Mit einem Infobus beglückt die Landesregierung nun die Klassenstufen 8 bis 12, um Schülerinnen und Schüler besser auf die digita-

lisierte Arbeitswelt von morgen vorzubereiten. Dazu erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Christoph Degen: „Selbst ohne Ferien bräuchte der Infobus über acht Jahre, um alle Gymnasien und Gesamtschulen in Hessen zu erreichen. Der Bus ist also keine Alternative, um Schülerinnen und Schüler

fit den Beruf oder das Leben zu machen, sondern eine peinliche PR-Aktion, mit der die Landesregierung ihre Defizite in der berufli-

chen Orientierung kaschieren will.“ Das Land solle stattdessen in die Ausstattung der Schulen investieren, damit diese vor Ort dauerhaft Beratung anbieten können, so Degen. „Noch immer verlassen viel zu viele junge Menschen die Schule, ohne einen Plan zu haben, wie es beruflich weitergeht. Junge Menschen brauchen keine einmalige Roadshow sondern einen Plan für die Zukunft, Medienkompetenz, informationstechnische Grundbildung, Finanz- und Verbraucherbildung rund um Steuer, Miet- und Handyvertrag, Praktika und das Fach Arbeitslehre an Gymnasien.“

## EINE STIMME FÜR DIE KITA-POLITIK

In dem Feld der früh-kindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung ist eine Elternbeteiligung auf Landesebene lange überfällig. Das habe nicht zuletzt auch die Corona-Pandemie gezeigt, bei der Familien allzu oft aus dem Blick der Landesregierung geraten sind. Eigentlich hätte spätestens in dieser Plenarwoche der Hessische Landtag darüber beraten sollen. „Nachdem die Landesregierung einen gemeinsamen Gesetzentwurf von SPD und Freien Demokraten 2019 abgelehnt hatte, kündigte sie nun im Frühjahr diesen Jahres einen langersehten Gesetzentwurf an, der noch vor der Sommerpause eingebracht werden sollte“, erläuterte Lisa Gnadl, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.



Doch scheinbar halte es die Koalition doch nicht für so dringlich, ein Beteiligungsgremium für Kita-Eltern auf Landesebene auf den Weg zu bringen. „Es ist Eile geboten. Nur, wenn in diesem Jahr ein Gesetz auf den Weg gebracht wird, können die Wahlen auf Kita-Ebene für 2023 vorbereitet werden. Wenn die schwarzgrüne Landesregierung das jetzt nicht forciert, wird es nicht mehr zu schaffen sein, einen Landeselternbeirat vor der Landtagswahl zu wählen. Aber vielleicht ist genau dies auch beabsichtigt.“ Ein Landeselternbeirat könne eine starke, möglicherweise unbequeme Stimme sein, die auf eine verfehlte Kita-Politik in Hessen aufmerksam machen könnte.

## (K)EINE STRATEGIE FÜR STREUOBSTWIESEN

In der Debatte über die sogenannte Streuobstwiesenstrategie sagte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Gernot Grumbach:



„Wir erleben heute das Phänomen, dass die Grünen wiederholt versuchen, bereits existierende Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes aneinanderzureihen und diese zur Strategie zu erklären, ohne dass sich wirklich etwas Grundsätzliches verändert oder gar der Hessische Landtag entscheidend beteiligt wird. Die Wahl fiel auf ein Wohlfühlthema, mit dem die Menschen etwas verbinden können, ohne wirkliche Antworten auf den Verlust von Biodiversität zu geben. Im Moment sind wir maximal an dem Punkt angelangt, dass der Verlust an Biodiversität, wenn überhaupt, gestoppt werden kann- von einem Aufwuchs ganz zu schweigen.“

## ZUKUNFT DER ARBEIT GESTALTEN



Im Rahmen der Dialogtour zur Zukunft der Arbeit waren unser Fraktionsvorsitzender, Günter Ru-

dolph, und Abgeordnete unserer Landtagsfraktion diese Woche im Schwalm-Eder-Kreis unterwegs. „Hessen ist ein Industriestandort mit hochwertigen Arbeitsplätzen. Damit das auch in Zukunft so bleibt, setzen wir uns dafür ein, Klimaschutz, industrielles Wirtschaften, Digitalisierung und gute Arbeitsbedingungen unter einen Hut zu bringen“, so Rudolph. Nach einem Vernetzungstreffen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Betrieben, Gewerkschaften, Kammern und Jobcentern besuchten die Abgeordneten den Smartphonehersteller Shift sowie dem Unternehmen SoluPharm.

### IMPRESSUM:

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

### REDAKTION:

Christoph Gehring (verantwortlich),  
Cord Wilke,  
Martina Häußl-David,  
Luisa Neurath,  
Christina Schäfer.

### BILDER:

Angelika Aschenbach, Christof Mattes.